

Karl-Friedrich Weber

## Waldbrief 04.10.2020

### Wald anders denken ...

**„Die Natur versteht keinen Spaß. Sie ist immer wahr, immer ernst, immer streng. Sie hat immer Recht. Und die Fehler und Irrtümer sind immer die des Menschen.“**

*Johann Wolfgang von Goethe*

### Vorbemerkung

Wald anders denken, wie geht das? Wälder sind Ökosysteme mit einer natürlichen Dynamik. Altersklassen-Forste sind künstliche und zumeist naturferne Konstrukte, die vorrangig der Holzerzeugung dienen und Plantagen näher stehen als Wäldern. Über 95% der vermeintlichen Wälder in Niedersachsen bestehen aus Altersklassenforsten. Wälder sterben nicht. Sie wandeln sich, wenn sich ihre klimatischen und standörtlichen Bedingungen ändern. Seit über 300 Mio. Jahren ist das so. Was gegenwärtig zusammenbricht, sind labile Kunstprodukte. Drei trockene Sommer wirken als Verstärker. Sie sind nicht Ursache. Aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, erfordert für uns stets auch ein neues Denken, weil es allgemein ein schwieriger Geistesakt ist, ein herkömmliches Paradigma zu überwinden.

Die Forstwirtschaft legt offen, dass sie an ihrem Paradigma festhält. Was sich ändert, sind die Begriffe, nicht die Inhalte. Wald wird nicht als Naturressource verstanden, aus der wir vielfältigen Nutzen in dem Maße ziehen dürfen, wie es dauerhaft schadlos möglich ist. Wald wurde und wird verstanden als „gebauter“ Forst und einer Baumartenwahl nach linearen Vorstellungen auf der Basis rudimentären Wissens. Die Holzerzeugung und das, was sie als Schutz des Produktionskapitals der Naturgüter Boden, Wasser, Luft, und Lebensvielfalt zulässt, sind der Ausgangspunkt des Denkens – nicht die Frage, wieviel Holzerzeugung das als Produktionskapital verstandene Naturgut zulässt, ohne seine Robustheit und Regenerationsfähigkeit zu verlieren.

„Was weiß ein Frosch vom Wasser, in dem er ein Leben lang umherschwimmt“, fragt Albert Einstein. Wald andersdenken heißt, das geistige Kapital aller Mitglieder der Gesellschaft in den Erkenntnis- und Gestaltungsprozess einzubeziehen und Zukunftsfragen nicht den begrenzten Vorstellungen einer Expertokratie zu überlassen, die sich geirrt haben und unbeirrt wahrscheinlich den nächsten Irrtum gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten.

Die nachstehenden Thesen zum Bürgerwald von 2011 haben nichts von ihrer Aktualität verloren – im Gegenteil. Sie sollen eine Anregung sein, Wald im Kontext systemischer Erkenntnisse zu denken und in einem kontinuierlichen Prozess weiter zu entwickeln.

Vielleicht müssen wir dann künftig nicht mehr so oft rückwärts schauend die Frage stellen, wie denn das geschehen konnte – um unbeirrt die nächste Fehlentwicklung einzuleiten.

## Zehn Thesen zum Bürgerwald im Internationalen Jahr der Wälder 2011

Karl-Friedrich Weber

Die Thesen setzen ihren Schwerpunkt auf eine landespolitische Neuausrichtung der walddpolitischen Ziele und deren Gewichtung insbesondere im öffentlichen Wald des Landes Niedersachsens. Sie sind an Gesellschaft, Politik und Regierung gerichtet. Landeswald ist Eigentum der Bürger und somit ein Bürgerwald. Die Bürger haben jedoch kein tatsächliches Mitspracherecht, solange ihnen gegenüber die Position vertreten wird, dass Wald vor allem eine Angelegenheit von Forstexperten sei, die alles in einer Art Vormundschaft regeln. „Wald in guten Händen“, der Werbespruch der Niedersächsischen Landesforsten, kennzeichnet diese Haltung:

Information im Interesse des Clusters Forst und Holz, ja; Mitwirkung an der Gestaltung von Waldentwicklungszielen, nein.

Waldschutz ist ein internationaler Auftrag. Vorbildhaftes Handeln beginnt jedoch im eigenen Land.

Die Waldthesen 2011 zum Bürgerwald markieren einen gesellschaftspolitischen Diskussionsstand, der als Prozess zu verstehen und deshalb weiter zu entwickeln ist.

### Einführung

Das Bewusstsein für die Bedrohung der Wälder unserer Erde ist weltweit gewachsen. Der heutige Erkenntnisstand über das Ausmaß dieser Bedrohung und deren Dynamik bedeutet jedoch nicht, dass Waldverluste bisher zu einer wirksamen globalen Strategie geführt hätten. Das UN-Waldforum (UNFF – United Nations Forum on Forests) hat sich bisher als ein wirkungsloses Instrument erwiesen, dass sich in nutzlosen Konferenzen erschöpft, während gleichzeitig die letzten Urwälder in ungeheurem Umfang verschwinden. <sup>(1)</sup>

Die CBD <sup>(2)</sup> ist die einzige völkerrechtlich verbindliche Konvention über Biologische Vielfalt. Sie berücksichtigt alle Aspekte von Artenvielfalt und setzt den zerstörerischen Vereinbarungen im Rahmen der WTO-Handelsliberalisierung ein Gegengewicht für die Belange des Natur- und Ressourcenschutzes.

Eine europäische Waldpolitik wird dadurch begrenzt, dass die wichtigsten Entscheidungen von Mitgliedstaaten nach wie vor auf nationaler Ebene getroffen werden. Die Artenvielfalt der Wälder ist in allen Mitgliedstaaten bedroht. In den meisten europäischen Ländern trägt die Forstwirtschaft unmittelbar zum Verlust der walddtypischen Biodiversität bei. <sup>(3)</sup>

Mit der beständigen Zunahme der Waldflächen nehmen die ökologische Qualität und die Gesundheit der europäischen Wälder gleichzeitig ab. <sup>(12)</sup>

Lebensräume in den Wäldern der EU verändern sich durch intensivere Forstwirtschaft überwiegend negativ. In Westeuropa ist weniger als ein Drittel aller Waldgebiete als bedingt naturnah einzustufen. Natürlich entstandene Wälder gibt es fast gar nicht mehr. <sup>(12)</sup>

Die EU-Forststrategie von 1998 vernachlässigt Umwelt- und soziale Funktionen der Wälder. Sie ist nach wie vor nutzungsgeprägt. Forstwirtschaftliche Maßnahmen bleiben undurchsichtig, klare Richtlinien für die Verwendung von EU-Geldern fehlen. Weder die Kommission noch die Mitgliedstaaten haben Verantwortung für die Bewertung eines Vorhabens zur Durchführung der EU-Forststrategie übernommen. Es gibt keine Bewertungsgrundlage dafür, ob ein Projekt der Durchführung nutzt oder nicht. Ungenügende Überwachungssysteme können fragwürdige Selbsteinschätzungen der Beihilfeempfänger nicht aufdecken. <sup>(4)</sup>

Die Waldpolitik in Deutschland wird traditionell durch das wirtschaftliche Nutzungsinteresse der Forstwirtschaft und das berufsständischen Interesse staatlicher Forstverwaltungen, weniger durch die hauswirtschaftliche Denkweise des Privatwaldes geprägt. Ein Nationales Waldprogramm Deutschlands, aber auch Waldprogramme der Länderregierungen werden unter Ausschluss eines freien gesellschaftlichen Diskurses entwickelt. Ihre Kerninhalte sind durch den Cluster Forst und Holz gesteuert und machen es wegen dessen prinzipieller Kompromissunfähigkeit den großen Umweltorganisationen unmöglich, vielen dieser Kernempfehlungen zuzustimmen. <sup>(10)</sup> Darüber kann auch das moderne Leitbild einer multifunktionellen naturnahen Forstwirtschaft nicht hinwegtäuschen. In Deutschland gibt es kaum noch Wälder, die dem Kriterium von Naturnähe genügen. Naturwälder sind nahezu vollständig verschwunden. Weniger als fünf Prozent der Wälder sind altersgemischt. Die für den Naturschutz so wichtigen und biologisch voll ausgereiften Altwaldstadien fehlen im Wirtschaftswald fast vollständig. Nur 2,3% der Wälder sind über 160 Jahre alt. <sup>(7)</sup> Nadelwälder, die in Deutschland einen Anteil von 3% an der natürlichen Waldgesellschaft haben, nehmen heute 57% der Waldfläche ein. Buchenwälder, die von Natur aus 74% der Waldfläche Deutschlands beherrschen würden, haben heute nur noch einen Anteil von 4,8%. Der Baumartenanteil der Buche im deutschen Wald beträgt 15% (Niedersachsen 13,5%). <sup>(8)</sup> Nachhaltige Forstwirtschaft über die Rohstoffbetrachtung hinaus ist ein historischer Mythos. <sup>(14)</sup>

Der durchschnittliche Holzvorrat im deutschen Wald liegt laut Bundeswaldinventur 2002 bei 320 Kubikmetern pro Hektar. Naturnahe Rotbuchenbestände können auf gleicher Fläche bis zu 1000 Kubikmeter aufbauen. Rotbuchenbestände weisen durchschnittlich 15 Kubikmeter Totholz pro Hektar auf. In urwaldähnlichen Beständen beträgt die Totholzmenge bis 250 Festmeter pro Hektar. <sup>(5)</sup>

Wo wir nach Jahren exzessiver Holzeinschlagssteigerung, insbesondere auch durch die von der Holzwirtschaft propagierte ausufernde Holzfeuerung stehen, ist nur zu vermuten. Eine Wiederholungsinventur steht noch aus. (Anmerkung: Sie ist inzwischen mit der BWI3 erfolgt) Trotzdem verkündet der Cluster Forst und Holz unbelegte Erfolgsmeldungen über ein zunehmend gut koordiniertes Marketing. Die Elemente gezielter Desinformation häufen sich. Zu allen Zeiten der Forstgeschichte gab es Forstleute, die leidenschaftlich für ein Waldentwicklungsideal auf ethischer Grundlage eingetreten sind, meistens vergebens. Die Berufung auf diese forstlichen Eliten wird heute zum Deckmantel für die immer offenere Rückkehr zur Bodenreinertragslehre des 19. Jahrhunderts. <sup>(13)</sup> Deutsche Forstwirtschaft findet immer noch im Altersklassenwald statt. Sie ist im Kern ein Plantagenbetrieb geblieben.

Das Bemühen herausragender und weitsichtiger Forstleute der Gegenwart schien in den achtziger Jahren einen Paradigmenwechsel <sup>(6)</sup> von der renditegesteuerten naturfernen Ressourcennutzung zu einer umfassenden nachhaltigen Potenzialentwicklung in den

deutschen Wäldern einzuleiten. Bevor diese neuen langfristig angelegten Leitbilder naturnaher Waldentwicklung in der Praxis der neunziger Jahre zu greifen begannen, setzte eine gut organisierte Gegenbewegung ein. Sie verwandelte de facto das Postulat der Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit von Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion der Wälder auf ganzer Fläche zu monetären Oberzielen und Nutzungssteigerung von Rohstoffpotenzialen. Bei dieser Entwicklung spielen die öffentliche Forstwirtschaft mit ihren weisungsgebundenen Anstalten und Einrichtungen sowie Wirtschaftsstrukturen wie der Cluster Forst und Holz eine zentrale und richtungsbestimmende Rolle. Die Planwirtschaften der öffentlichen Forstwirtschaft, unabhängig von der jeweiligen Betriebsform, haben an dem Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit einen maßgeblichen Anteil. <sup>(9)</sup>

Waldpolitik ist ein Teil der Gesellschaftspolitik. Sie basiert auf dem Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgehe. Das Volk bestimmt die Ziele, kein Fachminister, kein Cluster Forst und Holz, keine berufsständische Lobby, kein Umweltverband.

In der repräsentativen Demokratie werden Bürger jedoch in erster Linie als Lieferanten von Legitimität für Regierungen gebraucht. <sup>(11)</sup>

Auch deshalb haben Bürger bisher keinen gestaltenden Zugang zur Waldpolitik. Sie haben zu akzeptieren, was interessengebundene Experten ihnen und der Politik als richtig vorgeben.

Es ist deshalb Aufgabe u.a. der Verbände als eine Form des gesellschaftlich organisierten Naturschutzes, Visionen einer Waldpolitik und ihre wirksamen Instrumente zu entwickeln und in einen gesellschaftlichen Diskurs stellen. Dieser Diskurs ist ein Grundelement verbandlicher Umweltpolitik und ihrer Erfolgsgeschichte. Diskursfähigkeit wird immer mehr zur gesellschaftlichen Normalität. Bürger schalten sich wieder ein in ihre ureigenen Angelegenheiten und akzeptieren nicht mehr Institutionen und Führungseliten, die Kraft Amtes oder vermeintlichen Expertentums ihre Deutungshoheit verteidigen. Die Forstwirtschaft zeigt sich in ihrem traditionell gewachsenen Alleinvertretungsanspruch bisher kaum in der Lage, auf die Neujustierung gesellschaftlicher Ziele zu reagieren. Stattdessen bewahrt sie, wenn auch mit indoktrinären Elementen moderner PR, den dogmatischen Kern ihrer Handlungsgrundlagen. Dieser ist nach einer kurzen gegenläufigen Phase unübersehbar und zunehmend auf Nutzungsmaximierung und geldwirtschaftliche Rentabilität sowie auf den Erhalt des berufsständischen Einflusses ausgerichtet. Verfassungsgemäßheit ist eine Vision, die zur Wirklichkeit werden muss.

Wald in Deutschland unterliegt der Sozialbindung, unabhängig von Besitz- und Eigentumsart. Öffentlicher Wald ist Bürgerwald. Die Staatszielbestimmung Umweltschutz setzt auch einen herausgehobenen Rahmen für das Handeln und Unterlassen im und am Wald. Die Bürger bestimmen im ethischen Kontext national und international die waldpolitischen Ziele und geben ihnen eine gewichtete Rangfolge, deren Verwirklichung sie ihren politischen Vertretungen verantwortlich übertragen. Verwaltungen, Wissenschaft, Fachinstitutionen und Nichtregierungs-Organisationen haben eine gebundene Sorgfaltspflicht in der Umsetzung. Sie haben auch die Freiheit, an dem erforderlichen Veränderungsprozess gesellschaftlicher Ziele mitzuwirken.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist mit der Übernahme der Federführung für Aktivitäten im Jahr der Wälder 2011 beauftragt worden. Das Ministerium für Umwelt hat diesen Auftrag nicht erhalten. Das Kampagnenbüro ist bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung eingerichtet. Bereits der erste

Internetaufruf (Wald, Holz und Jagd) lässt befürchten, dass eine Informationskampagne nach altem Muster beabsichtigt ist und nicht ein Gestaltungsprozess, der dazu ermuntert, herkömmliche Klischees zu revidieren. <sup>(13)</sup>

## **These 1      Waldschutz ist Aufgabe der gesamten Bevölkerung**

Wald ist eine Naturressource auf einem Viertel der Fläche Niedersachsens. Er ist wegen seiner fundamentalen gesellschaftlichen Bedeutung ein Anliegen der gesamten Bevölkerung, unabhängig von Besitzart, Funktionen und Gruppeninteressen. Waldeigentum begründet im Rahmen der Sozialbindung unserer verfassungsgemäßen Ordnung Rechte und Pflichten.

## **These 2              Öffentlicher Wald ist Bürgerwald**

Landes- und Kommunalwald ist Eigentum der Bürger. Er ist Bürgerwald. Die Bürger Niedersachsens haben über die gesellschaftlichen Funktionen ihres Waldes im Rahmen der übergeordneten nationalen und internationalen Ordnung entscheiden. Sie bestimmen durch ihre politischen Vertretungen die langfristigen Ziele einer zukunftsfähigen Waldpolitik und setzen auf diesem Weg gesellschaftliche Schwerpunkte. Keine Berufsgruppe hat eine Richtlinienkompetenz, sondern eine Sorgfaltspflicht im Rahmen ihrer fachkompetenten Mitwirkung.

## **These 3      Waldziele entwickeln durch gesellschaftlichen Diskurs**

Die Ziele einer niedersächsischen Waldpolitik basieren auf dem Stand der Wissenschaft, der gesellschaftlichen Nützlichkeit und den entwickelten ethischen Vorstellungen einer wertebewussten Gesellschaft. Die Gewichtung einzelner Belange als Ausdruck dieser Zielbestimmung unterliegt einem stetigen Wandel. Waldpolitische Ziele sind deshalb Ergebnis eines Prozesses, der den dauerhaften Diskurs einer informierten und bewussten Gesellschaft voraussetzt. In diesem Diskurs bilden die aus der Gesellschaft heraus entstandenen Nichtregierungsorganisationen ein Gegengewicht zu Standesinteressen zum Beispiel von Berufsgruppen, Wirtschaftsclustern und Bürokratien. Dabei sind die Ziele des Naturschutzes den Naturschutzverbänden „vom Gesetz in besonderer Weise anvertraut worden“. (BVerwGE 87.62 – 73) Das gilt auch für den niedersächsischen Wald.

## **These 4      Neuordnung der Waldziele im Bürgerwald**

Die Forstwirtschaft in den Landesforsten wird zunehmend auf hohe betriebswirtschaftliche Rentabilität und Gewinnmaximierung ausgerichtet. Die als gleichrangig bezeichneten Schutz- und Erholungsziele in der Waldgesetzgebung sowie das Ziel einer naturnahen Forstwirtschaft erweisen sich gegenüber dem monetären Oberziel in der Wirklichkeit der betrieblichen Praxis als nachrangig.

Deshalb sind die Waldziele im Bürgerwald neu zu ordnen und untereinander neu zu gewichten. Ihre Verwirklichung erfordert eine betriebsunabhängige externe Kontrolle.

## **These 5    Wiederherstellung des Waldnaturvermögens**

Volkswirtschaftliches Oberziel ist die Fähigkeit des Bürgerwaldes, durch die Erzeugung eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzens und der Sicherung eines dauerhaft leistungsfähigen Naturhaushaltes den derzeitigen und zukünftigen Bedürfnissen zu dienen. Die größte Rentabilität sagt über die Größe des gesellschaftlichen Nutzens nichts aus. Sie gibt lediglich Auskunft über das Verhältnis der Mittel zum erzielbaren Nutzen. Vielfach hat das Rentabilitätsprinzip eine der volkswirtschaftlichen Produktivität entgegengesetzte Tendenz. Vergrößerung von Betriebseinheiten, Abbau von qualifiziertem Personal, Verlust von Erfahrung, Bodenzerstörung, Eingrenzung wissenschaftlicher Freiheit, Einsatz von Großtechnik und Anbau schnellwachsender fremdländischer Baumarten sind wesentliche Kenngrößen dieser Entwicklung.

## **These 6    Potenzialentwicklung des Waldnaturvermögens**

Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt in natürlichen Waldlebensgemeinschaften bilden das Potenzial des Waldnaturvermögens. Der Übergang von der maximierten Ressourcennutzung zur künftigen Potenzialentwicklung ist ein qualitativer Reifeprozess, der neben dem Rohstoff Holz insbesondere menschliche Erholung, geistige Erbauung, kulturelles Leben und Arbeit verfügbar macht.

## **These 7    Potenzialentwicklung von Innovation und Erfahrung**

Waldkunde ist eine Erfahrungswissenschaft. Die Aussagefähigkeit von statistischen Verfahren, Betriebsinventuren oder dem Versuchswesen hängt davon ab, wie die Fragen gestellt werden und auf welcher Ebene sie Orientierungen für qualifizierte Entscheidungen bieten können. Fragen können in staatlichen Forstbetrieben auch geprägt sein von berufsständischen Interessen weniger Akteure oder den jeweils herrschenden politischen oder wirtschaftlichen Zielvorstellungen. Deshalb sind unbeschränkte Meinungsvielfalt und Diskurs sowie interessenunabhängige Wissenschaft und Forschung unverzichtbare Voraussetzung für eine zielgerechte Waldentwicklungspolitik. Die Beachtung dieser Prinzipien geschieht nicht per se. Sie muss immer wieder neu erstritten werden.

## **These 8    Der forstliche Berufstand auf dem Prüfstand**

Die Vielfalt gesellschaftlicher Aufgaben des Bürgerwaldes kann nur durch das gleichberechtigte Zusammenwirken verschiedener Berufsfelder geordnet und gestaltet werden. Dabei kommt dem über lange Zeiträume gewachsenen forstlichen Berufsfeld eine wesentliche, aber keine herausgehobene Rolle zu. Das forstpolitische Postulat fachlicher Omnipotenz wird den künftigen Anforderungen nicht gerecht. Durch die derzeitige

geldwirtschaftliche und strukturelle Ausrichtung des Bürgerwaldes gehen wesentliche Merkmale beruflicher Qualifikation verloren, die den Forstberuf über viele Jahrzehnte in besonderem Maße auszeichnen. Hierzu gehört vor allem die Kontinuität langjähriger persönlicher Verantwortung über eine bestimmte und überschaubare Waldeinheit und eine Dokumentation örtlicher Erfahrungen und Erkenntnisse auf Bestandesebene über die statistischen Methoden der Betriebsinventuren hinaus. Nur so können dem Gesetz des Örtlichen entsprechend Erfahrungen und Erkenntnisse über langfristige Waldentwicklungen zu wertschöpfendem waldbaulichen Handeln oder Unterlassen führen. Unüberschaubar große Betriebseinheiten, innerberufliche Segregation durch Versuche eigener Spezialisierung statt fachübergreifender Kooperation, fortschreitender Personalabbau und der bodenzerstörende Einsatz von Großtechnik führen zu betrieblicher Schematisierung, Nivellierung von Entscheidungen und letztlich zu Austauschbarkeit. Diese Entwicklung spiegelt sich zunehmend im Meinungsbild der Bürger wider.

## **These 9     Gute fachliche Praxis und LÖWE**

Eine Definition der guten fachlichen Praxis im Wald für alle Besitzarten, markiert den Umfang der Sozialbindung des Eigentums am Wald im Rahmen forstbetriebswirtschaftlicher Tätigkeiten.<sup>(15)</sup> Sie wird durch die deutsche Forstwirtschaft abgelehnt. Ihr Fehlen schwächt die Glaubwürdigkeit der Forstpolitik des Bundes und der Länder auch im internationalen Kontext.

Der gesetzliche Rahmen der „ordnungsgemäßen Forstwirtschaft“ für alle Waldeigentumsarten ist daher durch verbindliche Kriterien einer „guten fachlichen Praxis im Wald“ und Maßstäbe für deren Überprüfbarkeit näher zu bestimmen. Sie gewährleisten die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien, führen zu einer dauerhaften Vergrößerung des Nutzungspotenzials und bewirken damit in der Regel eine betriebswirtschaftliche Verbesserung.<sup>(16)</sup> Über die Sozialbindung hinausgehende Allgemeinverpflichtungen im Privatwald müssen angemessen ausgeglichen werden. Im Bürgerwald sind sie Teil der Allgemeinverpflichtung.

Der landeseigene Bürgerwald hat Vorbildfunktion für andere Waldbesitzarten. Erhalt und Entwicklung des natürlichen Standortpotenzials des Bürgerwaldes sowie die Erfüllung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung sind seine vornehmste Aufgabe. Sie haben Vorrang gegenüber der geringen betriebswirtschaftlichen Bedeutung als Rohstofflieferant für die Bruttowertschöpfung Niedersachsens.<sup>(18)</sup>

Die Regierungserklärung zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung im Landeswald (LÖWE) von 1991 gewährleistet in ihrer derzeitigen beliebigen Interpretierbarkeit nicht mehr die heutigen Anforderungen an einen Bürgerwald. LÖWE ist daher wieder zu dem vorbildhaften Instrument moderner Waldentwicklung zu gestalten, wie er das ursprünglich gewesen ist. (Anmerkung: Die Chance hierzu wurde in der Fortschreibung LÖWE+ vertan.)

## **These 10     Waldinformationen und öffentlicher Diskurs**

Die Bevölkerung Niedersachsens kann ihren Bürgerwald nur dann walddpolitisch mitgestalten und sich im Rahmen ihrer persönlichen Abwägung ein eigenes Urteil bilden, wenn sie

ungehinderten Zugang zu allen waldbezogenen Informationen hat. Das gilt insbesondere für die flächenbezogenen Naturaldaten der Wälder wie zum Beispiel Baumartenanteile, Bestandesalter, Holzvorrat, Strukturzustand, Bodenkarten, Ergebnisse von Artenerfassungen und Maßnahmen zur Sicherung der Biodiversität. Die derzeitige restriktive Praxis der Niedersächsischen Landesforsten ist daher aufzugeben.

Ein Waldforum zu Fragen des Natur- und Umweltschutzes, der Naturalausstattung sowie der sozialen Funktionen des Bürgerwaldes ist auf der Ebene der Landesregierung einzurichten. An ihm nehmen neben den anerkannten Naturschutzverbänden die gesellschaftlichen Organisationen, Behörden und wissenschaftlichen Einrichtungen teil, die im Rahmen ihrer Aufgaben regelmäßig mit waldpolitischen Fragen befasst sind.

Hierdurch werden Informationen ausgetauscht, Konfliktpotenziale frühzeitig erkannt, unterschiedliche Interessen zum Ausgleich gebracht und das Verständnis für die jeweiligen Positionen vertieft. Waldpolitik für den Bürgerwald wird so auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt.

---

#### Quellen:

1. DNR EU-Rundschreiben Sonderheft 02/03.06, Martin Kaiser, Waldreferent Greenpeace  
Matthias Schwoerer, BMELV, Leiter der deutschen UNFF6-Delegation
2. CBD, Konvention über Biologische Vielfalt
3. Forests and the European Union Resource Network (FERN), Waldpolitik und Biodiversität, Brüssel, in: DNR EU-Rundschreiben 02/03.06
4. Zitate aus dem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes über die Durchführung der Wald-Strategie: Mitteilung der Kommission an den Ministerrat und das europäische Parlament 2006
5. Möller, Georg 2009: Struktur und Substratbindung holzbewohnender Insekten, Dissertation am Institut für Zoologie der Freien Universität Berlin
6. Paradigmenwechsel:
7. Jessel, Beate: Welchen Wald braucht der Naturschutz? Symposium „Gesamtstrategie Wald 2020, Berlin 11.12.2008
8. Bundeswaldinventur 2002
9. Bode, Wilhelm 2007: BfN-Skripten 222 – Europäische Buchenwaldinitiative
10. Deutscher Waldbesitzer 3/2006 – Nationales Waldprogramm
11. Sloterdijk, Peter, Philosoph: SPIEGEL 45/2010Essay, Über die Ausschaltung der Bürger in Demokratien
12. Europäische Kommission: Natura 2000 und der Wald – Auslegungsleitfaden S. 22
13. Internetaufruf des BMELV zur Informationskampagne zum Jahr der Wälder 2011:  
*Auszug: „oder hätten sie gewusst, dass es den deutschen Wald in seiner heutigen Form und Ausdehnung ohne die engagierten Bemühungen um Walderhaltung und eine seit annähernd 300 Jahren betriebene nachhaltige Waldwirtschaft vermutlich gar nicht mehr gäbe?“*



14. Europäische Kommission: Natura 2000 und der Wald-Auslegungsleitfaden S. 23: Zum historischen Nachhaltigkeitsbegriff:

*„Im Jahr 1713 wurden die Forstleute von den örtlichen Bergbaubehörden der deutschen Silberstadt Freiberg dazu gedrängt, für einen nachhaltigen jährlichen Ertrag ihrer Wälder Sorge zu tragen. Die historische Bedeutung von Nachhaltigkeit, wie sie vor fast dreihundert Jahren vom Forstsektor geprägt wurde, bezog sich im Wesentlichen auf den nachhaltigen Ertrag der Biomasse Holz mit dem Ziel, die zu dieser Zeit traditionelle Holz- und Energieknappheit zu bewältigen. Die moderne Definition von Nachhaltigkeit erstreckt sich dagegen auch auf wichtige soziale und ökologische Aspekte.“*

Vom Nachhaltigkeitsbegriff der UNCED ausgehend entwickelte die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (MCPEE) eine gemeinsame Definition für den Begriff der nachhaltigen Waldbewirtschaftung, die auf der Helsinki-Konferenz 1993 („Resolution H1“) angenommen wurde:

*„Nachhaltige Bewirtschaftung bedeutet die Betreuung und Nutzung von Wäldern und Waldflächen auf eine Weise und in einem Ausmaß, das deren biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität erhält sowie deren Potenzial, jetzt und in der Zukunft die entsprechenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu erfüllen, ohne anderen Ökosystemen Schaden zuzufügen.“*

Hamberger, J. (2003): Nachhaltigkeit – eine Idee aus dem Mittelalter? LWF aktuell Nr. 37 *„Das Prinzip der forstlichen Nachhaltigkeit ist keine Erfindung der Forstwirtschaft. Es wurde bereits in der Markgenossenschaft entwickelt und im mittelalterlichen Nieder- und Mittelwald praktiziert. Es stammt somit zum einen aus der bäuerlichen Allmende, zum anderen aus der mittelalterlichen, städtischen Frühindustrie.“*

15. Eine Konkretisierung der „guten fachlichen Praxis“, wie sie in der Landwirtschaft längst die Regel ist, wird von der Forstwirtschaft beharrlich verweigert. Sie fand in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Eingang in das Bodenschutzgesetz und wurde 2002 in die Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes aufgenommen. (siehe auch WINKEL, G. und VOLZ, K.-R.: Naturschutz und Forstwirtschaft: Kriterienkatalog zur „Guten fachlichen Praxis“, Ergebnisse aus dem F+E-Vorhaben 800 84 001 des Bundesamtes für Naturschutz. Angewandte Landschaftsökologie Heft 52 2003.)
16. Ein Beleg für diese Annahme ist der Bericht der länderübergreifenden Arbeitsgruppe aus Deutschland an die EU-Kommission (Natura 2000 und der Wald: Auslegungsleitfaden 8.1.3 Deutschland, S. 58):

*„Eine der Auswirkungen des LÖWE-Programms seit seiner Einführung ist, dass bei der Holzernte die Kosten pro Kubikmeter drastisch gesenkt wurden. Dies gilt auch für die Kosten für Anpflanzungen, da LÖWE – wann immer möglich – auf die Kräfte der Natur vertraut. ... Die Umsetzung des LÖWE-Programms war bisher ein großer Erfolg. ... wirtschaftliche Erwägungen gehören ursprünglich nicht zu den 13 Grundsätzen des LÖWE-Programms, doch können sie aus diesen abgeleitet werden. So hat der Grundsatz der Zielstärkennutzung beispielsweise zu einer Gewinnsteigerung geführt. Nach nur acht Jahren praktischer Umsetzung konnte durch die naturnahe Forstwirtschaft, die sich auf die Grundsätze des LÖWE-Programms stützt, die Ausgaben erheblich gesenkt und damit einhergehend ein Zuwachs der Erträge der niedersächsischen Staatswälder verbucht werden.“*

Diese im EU-Auslegungsleitfaden zitierte Eigenbewertung wird von den Landesforsten in ihren Darstellungen (z.B. Eichenmerkblatt) unzutreffender Weise als Lob des LÖWE durch die EU-Kommission interpretiert.

17. Das Gespräch mit Minister Ehlen und Staatssekretär Lindemann erfolgte am 14. Oktober 2005 im Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

## 18. Bruttowertschöpfung Forst und Holz in Niedersachsen in Mio. EUR

Quelle: Clusterstudie Forst und Holz in Niedersachsen 2006/2007

(Am prozentualen Verhältnis der fortgeschriebenen Zahlen auf 2017 ändert sich nichts)

Niedersachsen gesamt	168.503	100 %
Cluster Forst und Holz 2006	3.742	2,22 %
Forstwirtschaft	164	0.1%

### Arbeitnehmerentgelte Niedersachsen in Mio. EURO

Niedersachsen	99.706.000	100 %
Cluster Forst und Holz 2006	2.617.000	2,62 %
Forstwirtschaft	72	0,07 %

### Arbeitnehmer in Niedersachsen

Niedersachsen	3.170.100	100 %
Cluster Forst und Holz 2006	79.900	2,52
Forstwirtschaft	2.200	0,07 %



Foto: Karl-Friedrich Weber

#### Verantwortlich für den Inhalt:

Karl-Friedrich Weber, Ackerwinkel 5, 38154 Königslutter am Elm

[kweberbund@aol.com](mailto:kweberbund@aol.com)

0171 893 8311

05353-3409

Alle Rechte liegen beim Autor Karl-Friedrich Weber

Der Waldbrief darf in unveränderter Form weitergeleitet werden.